

Sehr geehrte Damen und Herren, anbei die Themen der Woche:

EVP-Fraktionsvorsitzender im DBV-Präsidium

Anlässlich des DBV-Präsidiums bekannte sich der als Gast geladene Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP) im EU-Parlament, Manfred Weber, zu einer leistungsfähigen europäischen Landwirtschaft und einer EU-Agrarpolitik, die „den Unternehmer Landwirt unterstützt, damit er mit seiner Arbeit auch Geld verdient“. Europa müsse sich wieder darauf besinnen, dass man sich „selbständig und gesund ernährt“. Für erfolgreiche politische Diskussionen und Problemlösungen seien unabhängige, starke Verbände „existenziell“ notwendig, die Meinungen und Forderungen „abwägen und bündeln“ könnten. Weber erteilte aufkommenden Forderungen nach einer stärkeren Regulierung der Agrarmärkte durch die EU eine klare Absage. Vielmehr gelte es angesichts des weltweiten Bedarfs an Nahrungsmitteln, die Chancen durch Markterschließungen und Exportförderung zu verbessern und zu nutzen. Der EVP-Fraktionsvorsitzende sieht über die Agrarpolitik hinaus die Europäische Union durch die strukturellen Veränderungen der Rollen von EU-Kommission und EU-Parlament erheblich gestärkt. Das DBV-Präsidium machte deutlich, dass das 500 Mio. Euro EU-Hilfspaket angesichts der Preismisere in den Agrarmärkten keinesfalls ausreicht. Wegen der aktuellen Herausforderungen der EU vermittelte Weber jedoch wenig Hoffnung auf eine kurzfristige Aufstockung dieser Hilfen. Zur anstehenden Entscheidung des EU-Parlaments über die NEC-Richtlinie kündigte Weber an, dass seine Fraktion die Fassung des Umweltausschusses ablehnen werde (/s. BauernInfo Schwein Nr. 29/2015).

Selbstverpflichtung der Schlachtbranche bei Arbeitsbedingungen

Wie in den Medien berichtet, haben am Montag alle großen Verhandlungspartner der Fleischwirtschaft wie Tönnies, Vion, Heidemark, Danish Crown, Westfleisch und Wiesenhof mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ein Abkommen über eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Einhaltung von Sozialleistungen unterzeichnet. Darin kündigten die Unternehmen an, bis Juli 2016 ihre Strukturen so umzustellen, dass die in ihren Betrieben Beschäftigten alle der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Zudem bekräftigten die Fleischunternehmen, ihre Stammbeslegschaft zu erhöhen und mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Legehennenhalter lehnen Tierschutz-TÜV strikt ab

Die deutschen Eierzeuger lehnen die von der Bundesregierung geplante Verordnung über die Prüfung und Zulassung serienmäßig hergestellter Stalleinrichtungen zum Halten von Legehennen, den sogenannten „Tierschutz-TÜV“, strikt ab. „Die deutsche Legehennenhaltung wird hier als eine Art Versuchsballon missbraucht“, heißt es in einer Erklärung, die die Mitglieder des Bundesverbandes Deutsches Ei (BDE) bei ihrer Jahresversammlung am Freitag in Hamburg einstimmig verabschiedeten. Der BDE betont, dass die heimischen Legehennenhalter vor nicht einmal gut fünf Jahren mit einem Investitionsvolumen von rund 800 Mio Euro die Umstellung von der herkömmlichen Käfighaltung hin zu tiergerechten Haltungsverfahren vollzogen hätten. Die branchenweite Umstellung sei 2010 und damit bereits zwei Jahre früher abgeschlossen worden als von der EU vorgesehen. Heute seien die Boden- und Freilandhaltung mit einem Anteil von rund 90 % die vorherrschenden Haltungsformen in Deutschland, hebt der BDE hervor. Ganz anders verhalte es sich im übrigen Europa, in dem die meisten Länder noch auf die ausgestalteten Käfige setzten. Es sei eine schallende Ohrfeige für die deutschen Legehennenhalter, einer in Sachen Tierwohl derart fortschrittlichen Branche, nunmehr einen sogenannten „Tierschutz-TÜV“ aufzuerlegen, beklagt der BDE. Auch wenn die Bundesregierung mit Vorlage des Verordnungsentwurfs deutlich mache, dass die Prüfung auf Neuinvestitionen von Stalleinrichtungen abziele, so werde dennoch der völlig falsche Eindruck erweckt, dass die Legehennenhaltung in Deutschland nicht tierschutzkonform sei. Mit allem Nachdruck wehrten sich die heimischen Legehennenhalter gegen diese haltlose Unterstellung. Ende August hat das Bundeslandwirtschaftsministerium den Entwurf einer Verordnung über die Prüfung und Bauartzulassung serienmäßig hergestellter Stalleinrichtungen zum Halten von Hennen vorgelegt. Demzufolge sollen Stalleinrichtungen für Legehennen einer obligatorischen Überprüfung unterzogen werden, ob sie die gesetzlichen Anforderungen an eine tiergerechte Haltung nach dem jeweiligen Stand von Wissenschaft und Technik erfüllen.

Auch der Deutsche Bauernverband lehnt die geplante Verordnung über die Prüfung und Zulassung serienmäßig hergestellter Stalleinrichtungen zum Halten von Legehennen strikt ab.